



DIE EU AUS RUSSISCHER SICHT

■ ANALYSE		
Die EU, Russland und die gemeinsamen Nachbarn		2
Arkadij Mosches, Helsinki		
■ DOKUMENTATION		
Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und der EU 2005–2006		5
Zusammengestellt von Jan Brüning, Bremen		
■ ANALYSE		
EU-Projekte in Russlands Nordwesten		15
Valentina Tschaplinskaja, Moskau		
■ CHRONIK		
Vom 8. bis zum 15. Februar 2007		19
■ LESEHINWEIS		
Abstracts der Artikel mit Russlandbezug im Heft OSTEUROPA 2–3/2007		20



Analyse

Die EU, Russland und die gemeinsamen Nachbarn

Arkadij Mosches, Helsinki

Zusammenfassung

Die EU unterhält eine strategische Partnerschaft mit Russland und will mit den Nachbarstaaten im Osten privilegierte Beziehungen unterhalten. Zunehmend kollidieren die Interessen Russlands und der EU im Nachbarschaftsraum. Moskau wertet die Nachbarschaftspolitik als Versuch, Russland aus der Region zu drängen und reagiert allergisch auf Demokratisierung. Doch wäre es falsch, wenn die EU ihr Engagement in diesem Raum verringert. Brüssel muss bereit sein, mehr Verantwortung zu übernehmen. Priorität sollten Demokratie und Marktwirtschaft, nicht aber eine geopolitische Umorientierung der Region haben. So könnten die Nachbarländer ihre Verbindungen mit Russland aufrechterhalten. Und Russland könnte der EU nicht länger unterstellen, eine Politik nach den Regeln des Nullsummenspiels zu betreiben.

EU und Russland – Konkurrenten in der GUS?

Die Europäische Union steht in Bezug auf ihre unmittelbaren östlichen Nachbarn vor einer doppelten Herausforderung. Sie möchte einerseits mit den benachbarten postsowjetischen Staaten privilegierte Partnerschaften aufbauen, die es in Zukunft ermöglichen sollen, die heutigen Trennlinien zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der EU allmählich aufzuweichen. Dadurch könnten die postsowjetischen Staaten teilweise in den europäischen Wirtschafts- und Politikraum integriert werden. Voraussetzungen hierfür sind langfristige Stabilität, Systemtransformation sowie die Übernahme der so genannten europäischen Werte durch die Nachbarstaaten.

Die Herangehensweisen von EU und Russland an diesen gemeinsamen Nachbarschaftsraum sind nicht einfach nur verschieden, sondern sie kollidieren direkt. Russland ist bestrebt, seine dominierende Stellung in der Region zu behalten und den Austritt ehemaliger Sowjetrepublik aus seiner Einflussphäre und deren Aufbau enger Beziehungen zu der EU zu verhindern. Entsprechend kritisch reagierte Moskau auf Initiativen der EU, welche die Sicherheit an ihren Grenzen erhöhen sollen. Insbesondere die ENP wird als ein Versuch gewertet, Russland zurückzudrängen und zu isolieren. Mit dieser Haltung kann die Europäische Union nicht einverstanden sein, insbesondere wenn Russland direkten wirtschaftlichen und politischen Druck auf seine Nachbarn auszuüben versucht.

Eine Erhöhung des Drucks in der russischen Politik führt jedoch nicht zwangsläufig zu mehr Effektivität. Janukowitsch wurde nicht Präsident der Ukraine. Woronin dagegen wurde für eine zweite Amtszeit gewählt. Die Ukraine kontrolliert noch immer ihre Gaspipeline-Infrastruktur. Es gibt auch keinen Fortschritt bei der Bildung einer russisch-belarussischen Union. Im Jahr 2005 begann Russland nach

mehrjähriger Verzögerung mit dem Abzug aus seinen Militärbasen in Georgien.

Für diese mangelnde Durchsetzungskraft Russlands gibt es mehrere Gründe. Der wichtigste Faktor ist offensichtlich die abnehmende Attraktivität einer engen Integration mit Russland und die Verschlechterung des Images Russlands im so genannten Nahen Ausland. In den letzten Jahren ist Russland beim Wirtschaftswachstum im postsowjetischen Raum nicht mehr führend, weder beim Wachstumstempo noch bei der Qualität. Die sozialen Übel Russlands, einschließlich der Bedrohung durch den Terrorismus, sind bekannt. Millionen von Arbeitsmigranten, die nach Hause zurückkehren, machen aus ihrem Ärger keinen Hehl, wenn sie in Kontakt mit Russlands korrupten Rechtsschutzorganen kommen. Russland verfügt nur über eine mäßige ideelle Anziehungskraft. Die Motivation in den Nachbarstaaten geht nur selten über den wirtschaftlichen Nutzen hinaus. Doch um auf Dauer eine dominierende Stellung aufzubauen, reicht das nicht.

Das postimperiale Syndrom

Noch ist es zu früh, von Russlands Bereitschaft zu sprechen, die Unmöglichkeit seines Unterfangens anzuerkennen, seine dominierende Stellung im postsowjetischen Raum zu bewahren. Aber das Umdenken hat begonnen. Präsident Vladimir Putin räumte im März 2005 in Erevan ein, dass die GUS zur zivilisierten Auflösung geschaffen worden sei und beendete damit die Diskussion über die Zukunft der Gemeinschaft. Dieser Prozess hat bereits einen Punkt erreicht, an dem Russland es ablehnt, all seinen bisher geltenden Verpflichtungen nachzukommen. Heute kümmert sich Russland nicht mehr darum, woher die früheren Sowjetrepubliken die Mittel nehmen, um die höheren Energiepreise zu bezahlen und ob diese Preiserhöhung nicht zur Lähmung ihrer Ökonomien führt. Moskau

ist nicht mehr darum besorgt, ob die Schließung des russischen Marktes für Moldowa, das fast ausschließlich nach Russland exportiert, nicht zur sozialen und wirtschaftlichen Destabilisierung des Landes führt. Russland misst den abnehmenden Sympathien in diesen Ländern offenbar keine Bedeutung bei. So begreifen und verhalten sich postimperiale Länder, die vom nationalen Egoismus getrieben sind, aber keine neoimperialen oder gar unveränderliche imperialen Staaten, die das Ziel verfolgen, ihre alte Einflussosphäre zurück zu gewinnen.

Ein solches Russland stellt Europa vor eine doppelte Herausforderung. Der Übergang Russlands in das postimperiale Stadium führt einerseits zu mehr und nicht zu weniger Konflikten in der Region, da Russland weniger geneigt sein wird, die Interessen und Wünsche der Partner zu berücksichtigen. Diese Konflikte kann die EU nicht einfach ignorieren. Es ist nur schwer vorstellbar, dass es sich die EU – bei allen Schwierigkeiten im Verhältnis zu Minsk – erlauben könnte, einer Einstellung der Gaslieferung an Belarus untätig zuzusehen. Andererseits müsste in dem Maße, wie Russland seinen Verpflichtungen in der Region weniger nachkommt, jemand anderes diese in einer Übergangszeit auf sich nehmen. Anders ausgedrückt, wenn die EU keine Verschlechterung der Lage in Moldowa zulassen will, muss der Wein, der nicht länger nach Russland exportiert werden kann, auf die europäischen Märkte gelangen. Andernfalls sind derartige Appelle an Russland nicht gerechtfertigt.

Eine neue Politik für Europa?

Heute ist die EU nicht in der Lage, auch nur auf eine dieser Herausforderungen angemessen zu reagieren. Da die EU kein einheitlicher geopolitischer Akteur ist, muss sie sich heute damit begnügen, Erklärungen abzugeben. Die Bereitschaft und die Fähigkeit Brüssels aber, die wirtschaftliche Verantwortung tatsächlich auf sich zu nehmen, lassen zu wünschen übrig. In dieser Situation kann die EU in vielen Fällen nur hoffen, dass das Konfliktniveau der russischen Politik in diesem Raum nicht über das zulässige Maß hinausgeht und dass sie nicht zu schnell in die Angelegenheiten dieser Region hineingezogen wird.

Ein Ausweg wäre möglicherweise, die Prioritäten der EU in dieser Region anders zu definieren und die Politik entsprechend zu ändern. Früher wurde der Schutz der EU-Länder vor den weichen Sicherheitsgefährdungen, die von dieser Region ausgehen könnten, in den Vordergrund gestellt. Da die östlichen Nachbarn der EU – im Vergleich mit dem Balkan oder Nordafrika – jedoch bei weitem nicht die ärmste Region im Umfeld der EU sind und außerdem ein Teil des Problems wie der Migrationsdruck de facto durch Russland gelöst wird, wäre ein minimales Engagement ausreichend

gewesen. Aber heute muss die Aufgabe viel ambitionierter gestellt werden. Wenn es die EU nicht schafft, eine erfolgreiche innere Transformation des Raumes zu gewährleisten, werden die Herausforderungen wahrscheinlich zunehmen.

Das Ziel der EU-Politik im gemeinsamen Nachbarschaftsraum sollte die erfolgreiche Transformation der Staaten zu Marktwirtschaft und Demokratie sein. Das würde die Abhängigkeit dieser Länder von äußerer Hilfe bei der Lösung ihrer eigenen Probleme verringern. Wenn man an diesem Ziel konsequent festhält und sich nicht mit Treueschwüren der lokalen Eliten auf die „europäische Option“ zufrieden gibt, wird sich die Chance ergeben, einerseits tatsächlich Änderungen zu erreichen, andererseits die Befürchtungen Russlands etwas zu mildern, die EU wolle unter dem Deckmäntelchen der Reformrhetorik in Wirklichkeit einen geopolitischen Vorteil erzielen.

ENP – ein individueller Zugang

Die Behandlung der Länder sollte möglichst individuell sein, wie es bereits heute in den Länderplänen der ENP vorgesehen ist. Die bei den Reformen weiter fortgeschrittenen Länder dürfen nicht zu Geiseln von Paketlösungen werden.

Die Umgestaltung der *Ukraine* hat entscheidende Bedeutung für den gesamten gemeinsamen Nachbarschaftsraum und für Russland. Sie könnte ein Vorbild dafür werden, was Reformen bewirken können. Die EU sollte weiterhin einen intensiven Erfahrungsaustausch mit der Ukraine pflegen. Außerdem sollte die EU sich weiter darum bemühen, die rechtstaatlichen Prinzipien in der Ukraine zu verankern, das Land beim Kampf gegen Korruption, bei der Ausbildung neuer Eliten und der Stärkung der Zivilgesellschaft zu unterstützen. Bisher war die Ukraine nur mäßig erfolgreich. Da die Ukraine bestrebt ist, die Zusammenarbeit mit der EU in jeder erdenklichen Weise zu vertiefen, könnte auf sie die Politik der Konditionalität angewendet werden. Im Idealfall sollte sich diese Politik bis auf die Mikroebene erstrecken. Wenn ihr Land Forderungen der EU erfüllt auch sollten die einfachen Bürger darauf vertrauen können, dass dies positive Auswirkungen auf ihr eigenes Leben hat. So sollte etwa eine entsprechende Neuordnung des Justiz- und Rechtssystems im Gegenzug den visafreien Besuchsverkehr mit der EU ermöglichen. Die Unterstützung der Ukraine bei der Einführung energiesparender Technologien könnte die Energiesicherheit des Landes erhöhen. Eine weitere mögliche Richtung der EU-Politik wäre, die Rolle der Ukraine als Transitland für Energieträger aus Zentralasien und dem Kaspiraum aufzuwerten.

Eine konstruktive Zusammenarbeit der EU mit *Belarus* wird, solange Aljaksandr Lukaschenka an der

Macht ist, wenn überhaupt nur außerordentlich beschränkt möglich sein. Brüssel verfügt praktisch über keine politischen Instrumente, um auf die Situation im Land Einfluss nehmen zu können. Konstruktive Tagungsordnungspunkte zu entwickeln ist äußerst schwierig, solange im offiziellen Minsk proeuropäische Bestrebungen fehlen. Und die Verhängung von Wirtschaftssanktionen führt kaum zum Ziel, wie die Praxis zeigt. Deshalb sollte die Aufgabe der EU-Politik gegenüber Belarus vorerst darin bestehen, die Verbindung zur belarussischen Bevölkerung und zu den nichtstaatlichen Organisationen aufrechtzuerhalten sowie den Informationsstand der Bevölkerung über die Regeln und Prinzipien der EU zu verbessern. Die EU könnte ein spezielles Programm entwickeln, um die Kontakte in den Bereichen Information, Bildung und humanitärer Hilfe zu intensivieren. Die Bewohner von Belarus müssen erkennen können, dass für sie wie für andere europäische Völker die Tür zur EU offen steht. Längerfristig sollte die EU bereit sein, dem Land ein Transformationsprogramm anzubieten und dieses auch zu unterstützen – sobald die entsprechenden Voraussetzungen existieren. Im Moment ist es wichtig, öffentlich und deutlich das Verhältnis Europas zur Unabhängigkeit Belarus' und zu der periodisch auftauchenden Idee eines Referendums über den faktischen Beitritt Belarus' zu Russland zu formulieren.

Gegenüber *Moldowa* sollten die sozioökonomische Entwicklung und die Festigung der Staatlichkeit im Zentrum stehen, wobei die Bekämpfung der Korruption die vordringlichste Aufgabe ist. Wenn es gelingen würde, die Lebensbedingungen der Bevölkerung in dem von Chişinău kontrollierten Teil zu verbessern, entstünden auch im international nicht anerkannten Transnistrien größere Anreize für eine Vereinigung. Andernfalls wäre die Teilung des Landes praktisch unüberwindbar.

Die Staaten des *Südkaukasus* – darin unterscheiden sie sich vom westlichen Teil der GUS – sind bisher noch weit von einer Stabilisierung der Lage entfernt, insbesondere angesichts der ungelösten ethnischen Konflikte in der Region. Formal ist bis zum möglichen Türkei-Beitritt sogar ihr Status als Nachbarn der EU nicht erfüllt. Deshalb sollte die EU in ihrer Politik für den Kaukasus die Erfahrungen berücksichtigen, die sie bereits vor der Einführung der ENP in der

Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Ländern gesammelt hat. Der Dialog und eine selektive, projektbezogene Zusammenarbeit wären hier möglich, die Einführung eines Transformationsprogramms wird jedoch noch lange undenkbar sein.

Beitrittsperspektive und Kooperation mit Russland

Solange die EU ihre Aufnahmefähigkeit für neue Mitglieder nicht überdenkt, ist eine Beitrittsperspektive für die Länder dieses Raums nicht aktuell. Jedoch wäre es falsch und sogar gefährlich, den Ländern, die Reformerfolge vorzuweisen haben, ein für allemal diese Möglichkeit zu verwehren. Das gilt vor allem für die Ukraine. Die Erweiterung war bisher das erfolgreichste Instrument, um die Interessen der EU an ihren östlichen Grenzen zu wahren. Und es gibt allen Grund anzunehmen, dass dieser Mega-Anreiz auch bei der Ukraine und Belarus funktionieren könnte.

Die EU sollte einer Zusammenarbeit mit Russland bei der Transformation in diesem Raum möglichst aufgeschlossen gegenüberstehen. Das ist im Rahmen der bestehenden regionalen Kooperationsforen möglich, wo es um Infrastruktur- und Energieprojekte geht. Der fundamentale Gegensatz in der Demokratiefrage wird sich nicht vermeiden lassen. Moskau ist momentan nicht an einer tief greifenden Demokratisierung der Region interessiert. Das könnte nämlich dazu führen, dass das europäische Demokratiemodell auch in Russland diskutiert würde, was den Machterhalt gefährden könnte.

Falls Russland einmal seine Haltung zur EU überdenken sollte und zur „europäischen Option“ zurückkehren würde, indem es sich dem europäischen Integrationsraum öffnet, wird sich das Klima im gemeinsamen Nachbarschaftsraum deutlich verbessern. Da dies in absehbarer Zeit jedoch undenkbar ist, wird die EU im gemeinsamen Nachbarschaftsraum immer wieder auf die direkte Opposition Russlands stoßen. Die EU hat jedoch keine Wahl. Ohne tief greifende demokratische Reformen wird es keine echte Transformation der Länder in dieser Region geben. Und ohne ihre Transformation kann die Europäische Union langfristig nicht sicher sein, dass an ihren Grenzen starke, stabile und zuverlässige Partnerstaaten liegen.

Aus dem Russischen von Corina Alt, Berlin

Über den Autor

Dr. Arkadij Mosches (1967) ist Leiter des Programms „Russland-EU“ des Finnischen Instituts für Internationale Beziehungen, Helsinki. Der vorliegende Text ist die stark gekürzte Version des Artikels „Priorität gesucht. Die EU, Russland und die gemeinsamen Nachbarn“, der in der Zeitschrift „Osteuropa“, Nr. 2007, Nr.2–3 „Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas: Die EU und ihre Nachbarn“ abgedruckt ist, die gerade erscheint.

Lesetipps

S. Fischer: Die EU und Russland. Konflikte und Potentiale einer schwierigen Partnerschaft, Berlin: SWP Dezember 2006 (= Stiftung Wissenschaft und Politik. DIIPS. SWP Studie S 34), 32 S.

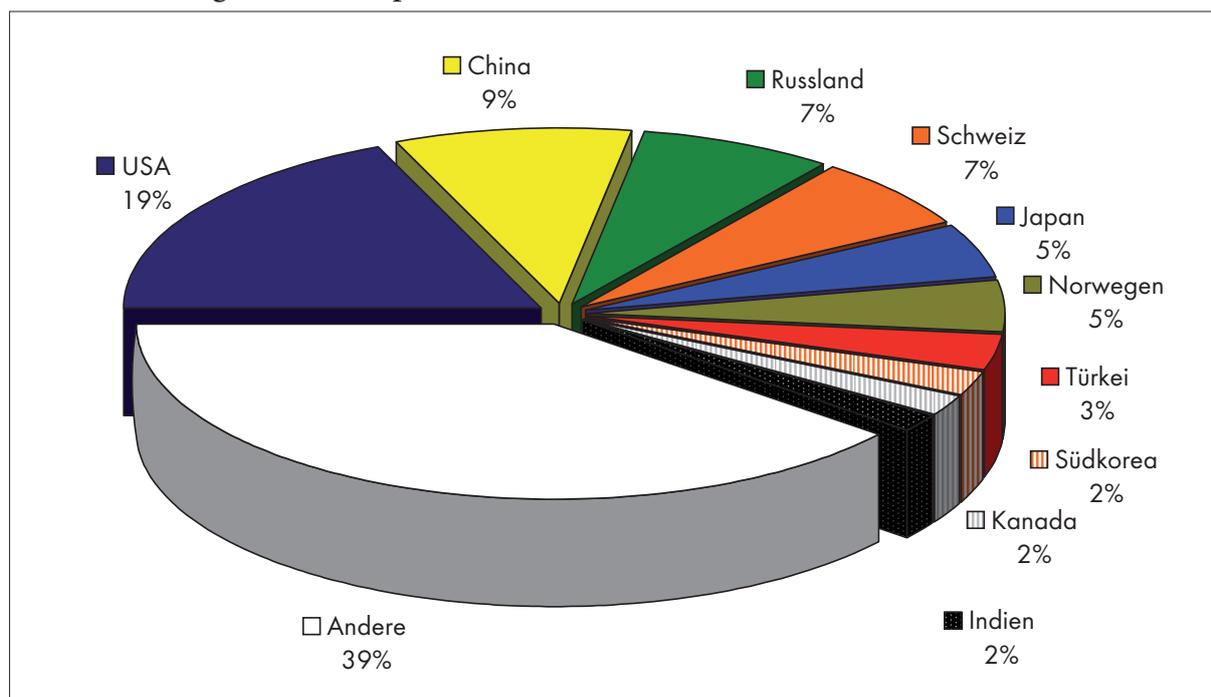
C.R. Saivetz: Making the Best of a Bad Hand: An Assessment of Current Trends in Russian Foreign Policy, in: Post-Soviet Affairs, 22.2006, Nr. 2, S. 166–188.

Dokumentation

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und der EU 2005–2006

Zusammengestellt von Jan Brüning, Bremen

Die zehn wichtigsten Handelspartner der EU 2005



Haupthandelspartner der EU 2005

Die zehn wichtigsten Handelspartner der EU 2005

Land	Mio Euro	%
USA	414.714	18,5%
China	209.894	9,4%
Russland	163.211	7,3%
Schweiz	148.334	6,6%
Japan	116.906	5,2%
Norwegen	101.261	4,5%
Türkei	75.341	3,4%
Südkorea	53.456	2,4%
Kanada	40.855	1,8%
Indien	40.021	1,8%
Andere	873.898	39,1%
Gesamt	2.237.891	100,0%

 Quelle: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf

Haupthandelspartner der EU 2005

Die zehn wichtigsten Importländer der EU 2005

Land	Mio Euro	%
USA	163.057	13,9%
China	158.098	13,4%
Russland	106.766	9,1%
Japan	73.243	6,2%
Norwegen	67.474	5,7%
Schweiz	66.354	5,6%
Türkei	33.492	2,8%
Südkorea	33.326	2,8%
Taiwan	23.835	2,0%
Brasilien	23.300	2,0%
Andere	427.110	36,3%
Gesamt	1.176.055	100,0%

Quelle: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf

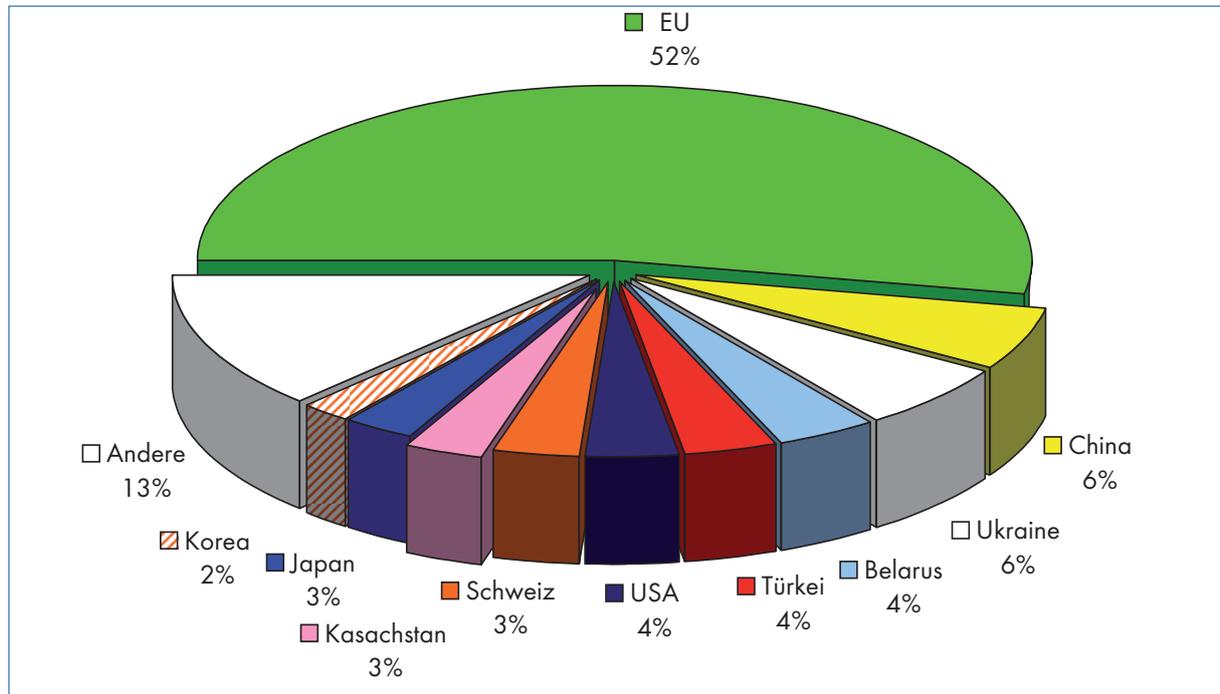
Haupthandelspartner der EU 2005

Die zehn wichtigsten Exportländer der EU 2005

Land	Mio Euro	%
USA	251.657	23,7%
Schweiz	81.980	7,7%
Russland	56.445	5,3%
China	51.796	4,9%
Japan	43.663	4,1%
Türkei	41.849	3,9%
Norwegen	33.787	3,2%
Vereinigte Arabische Emirate	25.288	2,4%
Kanada	23.681	2,2%
Rumänien	21.825	2,1%
Andere	429.892	40,5%
Gesamt	1.061.836	100,0%

Quelle: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf

Die zehn wichtigsten Handelspartner Russlands 2005



Haupthandelspartner Russlands 2005

Die zehn wichtigsten Handelspartner Russlands 2005

Land	Mio Euro	%
EU	142.397	52,9%
China	16.308	6,1%
Ukraine	16.200	6,0%
Belarus	10.215	3,8%
Türkei	10.126	3,8%
USA	9.682	3,6%
Schweiz	9.116	3,4%
Kasachstan	7.828	2,9%
Japan	7.724	2,9%
Korea	5.114	1,9%
Andere	34.363	12,8%
Gesamt	269.073	100,0%

Quelle: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf

Haupthandelspartner Russlands 2005

Die zehn wichtigsten Importländer Russlands 2005

Land	Mio Euro	%
EU	34.904	44,8%
Ukraine	6.250	8,0%
China	5.819	7,5%
Japan	4.695	6,0%
Belarus	3.709	4,8%
USA	3.674	4,7%
Korea	3.213	4,1%
Kasachstan	2.580	3,3%
Brasilien	1.883	2,4%
Türkei	1.397	1,8%
Andere	9.776	12,5%
Gesamt	77.900	100,0%

Quelle: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf

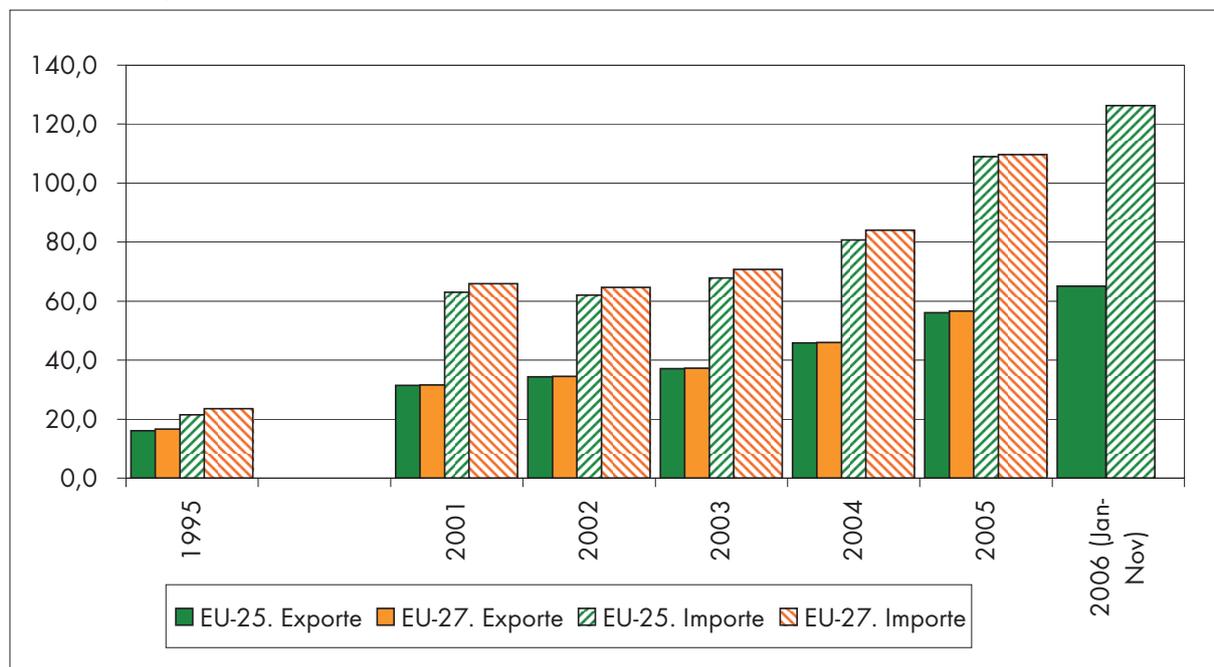
Haupthandelspartner Russlands 2005

Die zehn wichtigsten Exportländer Russlands 2005

Land	Mio Euro	%
EU	107.494	56,2%
China	10.489	5,5%
Ukraine	9.949	5,2%
Türkei	8.729	4,6%
Schweiz	8.410	4,4%
Belarus	6.507	3,4%
USA	6.008	3,1%
Kasachstan	5.248	2,7%
Japan	3.028	1,6%
Rumänien	2.447	1,3%
Andere	22.864	12,0%
Gesamt	191.173	100,0%

Quelle: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf

Entwicklung im Handel EU – Russland (in Mrd. Euro/ECU)



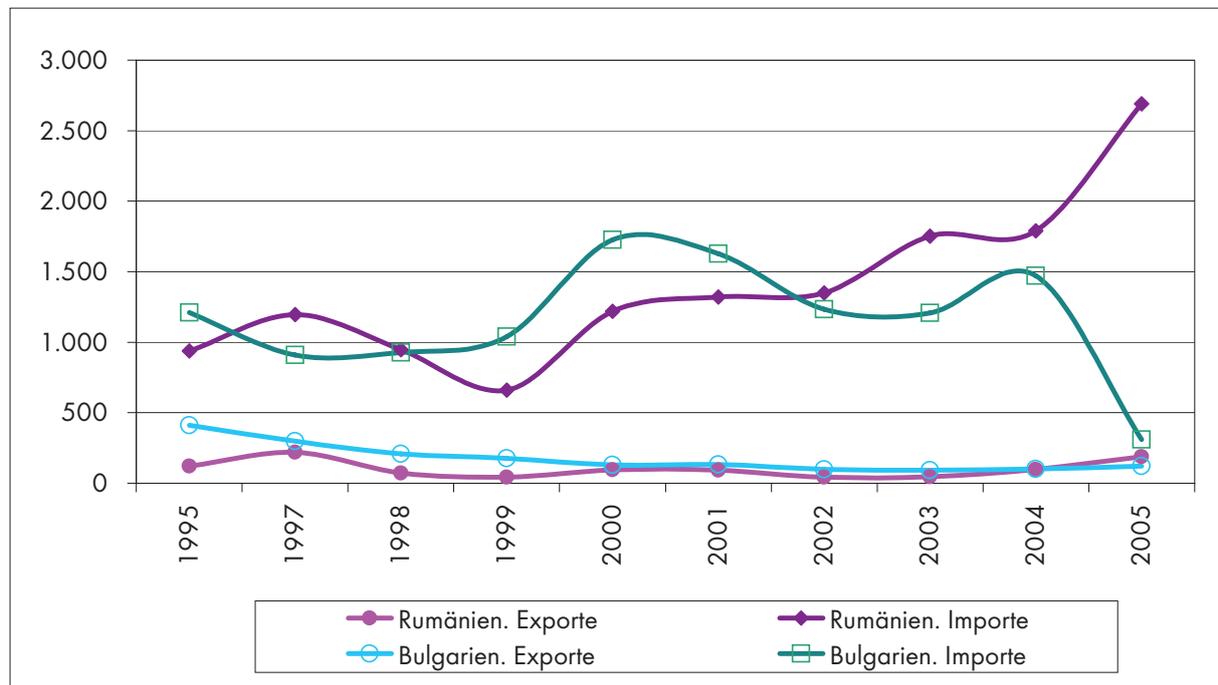
Entwicklung im Handel EU – Russland (in Mrd Euro/ECU)

Jahr	Exporte		Importe	
	EU-25. Exporte	EU-27. Exporte	EU-25. Importe	EU-27. Importe
1995	16,1	16,6	21,5	23,6
2001	31,4	31,6	63,0	65,9
2002	34,3	34,5	62,0	64,6
2003	37,1	37,2	67,8	70,7
2004	45,8	46,0	80,7	84,0
2005	56,1	56,7	109,0	109,7
2006 (Jan-Nov)	65,1		126,3	

Quelle: External and intra-European Union trade. Statistical yearbook. Data 1958-2005, S. 36f, 272, 280.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CV-06-002/EN/KS-CV-06-002-EN.PDF

Handelsentwicklung Rumäniens und Bulgariens mit Russland 1995 bis 2005 (in Mio. Euro)



Handelsentwicklung Rumäniens und Bulgariens mit Russland 1995 bis 2005 (in Mio Euro)

	1995	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Rumänien										
Rumänien. Exporte	121	219	72	44	97	93	43	46	98	187
Rumänien. Importe	939	1.196	948	661	1.218	1.320	1.349	1.751	1.791	2.690
Bulgarien										
Bulgarien. Exporte	410	299	209	176	129	134	98	93	101	122
Bulgarien. Importe	1.211	909	926	1.041	1.726	1.627	1.233	1.208	1.470	311

Quelle: External and intra-European Union trade. Statistical yearbook. Data 1958-2005, S. 272, 290.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CV-06-002/EN/KS-CV-06-002-EN.PDF

Handel nach Produktgruppen 1999 bis 2005 in Mrd Euro

Nahrungsmittel, Getränke und Tabak

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Importe	4,59	5,47	6,20	5,88	6,00	6,54	6,55
Exporte	2,90	2,80	3,36	3,59	3,64	4,00	4,56

Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_external_trade&root=Yearlies_new_external_trade/F/F3/dcb20752

Rohstoffe 2005 in Mrd Euro

	2005
Importe	2,90
Exporte	0,59

Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_external_trade&root=Yearlies_new_external_trade/F/F3/dcb21264

Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Importe	17,65	34,69	37,24	37,30	41,38	48,15	70,56
Exporte	0,09	0,12	0,14	0,18	0,20	0,25	0,32

Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_external_trade&root=Yearlies_new_external_trade/F/F3/dcb22288

Chemische und verwandte Erzeugnisse

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Importe	1,82	2,47	2,58	2,36	2,65	3,11	3,64
Exporte	2,05	3,22	4,48	4,66	5,14	6,37	8,20

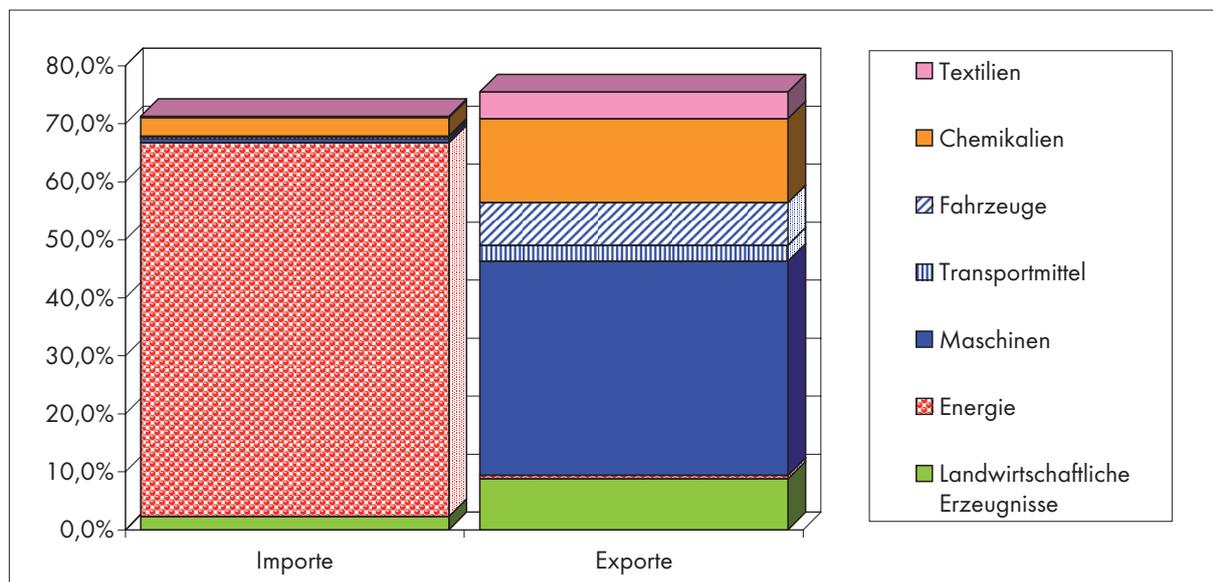
Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_external_trade&root=Yearlies_new_external_trade/F/F3/dcb23824

Maschinen und Transportmittel

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Importe	0,88	1,03	0,91	0,95	1,04	1,15	1,24
Exporte	5,83	8,35	12,92	14,73	16,61	21,45	26,63

Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_external_trade&root=Yearlies_new_external_trade/F/F3/dcb25360

Warenstruktur des EU-Außenhandels gegenüber Russland 2005

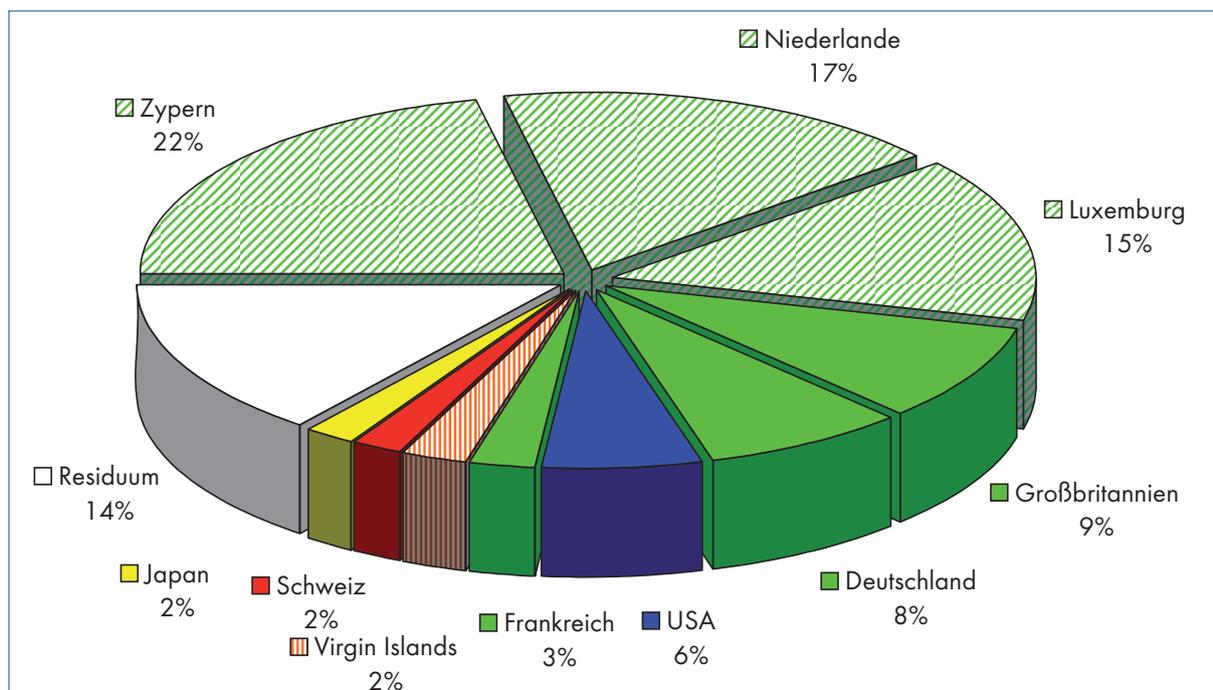


Handelsstruktur 2005 in Prozent

	Importe	Exporte
Landwirtschafliche Erzeugnisse	2,3%	8,8%
Energie	64,4%	0,6%
Maschinen	0,7%	36,9%
Transportmittel	0,4%	2,8%
Fahrzeuge	0,1%	7,3%
Chemikalien	3,2%	14,5%
Textilien	0,2%	4,6%

Quelle: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf

Ausländische Investitionen in Russland (Januar bis September 2006 nach Ländern, in Mio. US-Dollar)



Ausländische Investitionen in Russland Januar bis September 2006 nach Ländern in Mio. US-Dollar

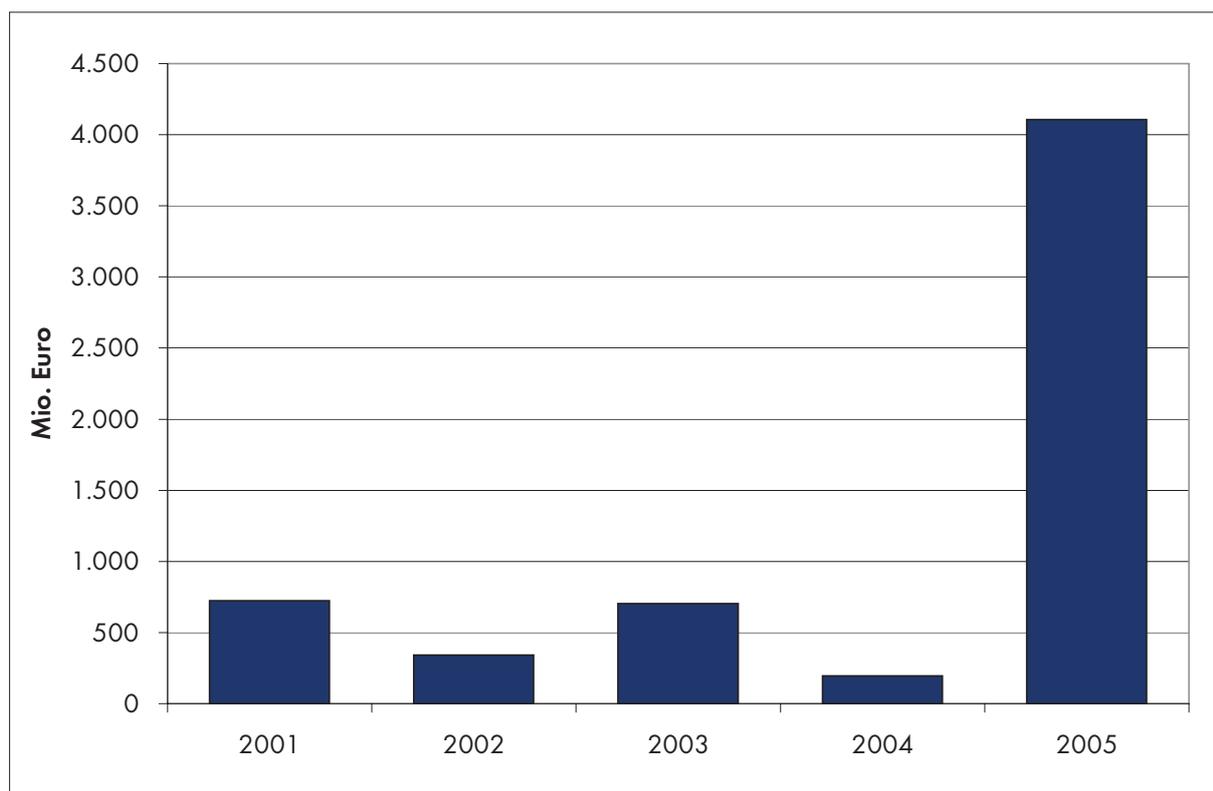
	Gesamt	Davon Direktinvestitionen	% an Gesamtinvestitionen	
Zypern	28.096	21.238	21,6%	21,6%
Niederlande	22.488	17.894	17,3%	17,3%
Luxemburg	19.532	547	15,0%	15,0%
Großbritannien	11.428	2.830	8,8%	8,8%
Deutschland	10.319	3.036	7,9%	7,9%
USA	7.641	4.795	5,9%	5,9%
Frankreich	3.320	987	2,5%	2,6%
Virgin Islands	3.199	1.699	2,5%	2,5%
Schweiz	2.615	1.272	2,0%	2,0%
Japan	2.566	213	2,0%	2,0%
Residuum	18.794	9.624	14,5%	14,5%
Gesamt	129.998	64.135	100,0%	100,0%

Quelle: http://www.gks.ru/bgd/free/b04_03/lssWWW.exe/Stg/d020/i020060r.htm

Russische Investitionen im Ausland Januar bis September 2006 in Mio US-Dollar

	Gesamt	Davon Direktinvestitionen	% an Gesamtinvestitionen
Zypern	1.861	329	18,6%
Bahamas	1.081	0	10,2%
Österreich	976	3	9,7%
Niederlande	796	724	7,9%
Ukraine	606	91	6,1%
USA	580	566	5,8%
Großbritannien	443	358	4,4%
Deutschland	408	127	4,1%
Schweiz	395	8	3,9%
Virgin Islands	352	0	3,5%
Gesamt	10.020	4.151	100,0%

Quelle: http://www.gks.ru/bgd/free/b04_03/lssWWW.exe/Stg/d020/i020060r.htm

Russische Direktinvestitionen in der EU-25 2001 bis 2005 in Mio. Euro


	2001	2002	2003	2004	2005
Mio. Euro	725	342	704	196	4.107

Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_economy&root=Yearlies_new_economy/B/B4/B43/dca18192

Analyse

EU-Projekte in Russlands Nordwesten

Valentina Tschaplinskaja, Moskau

Russland ist nicht Adressat der EU-Nachbarschaftspolitik. Doch es kann Mittel aus dem *Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument* nutzen. Seit 1991 unterstützt Brüssel grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Nordwesten Rußlands. Alleine das TACIS-CBS-Programm förderte 400 Projekte zur Entwicklung der lokalen Wirtschaft und im Bereich Energie und Umwelt. Zunehmend divergieren die regionalpolitischen Vorstellungen. Während die EU auf Dezentralisierung setzt, zielt Moskau auf Kontrolle und Rezentralisierung. Städte und Gemeinde haben wenig Spielraum für eigene Projekte. Der rechtliche und technische Rahmen erschwert die Kooperation. Ungeachtet dessen haben sich die russischen Regionen von passiven Subventionsempfängern zu kompetenten und verantwortlichen Partnern entwickelt.

Cross-Border Cooperation

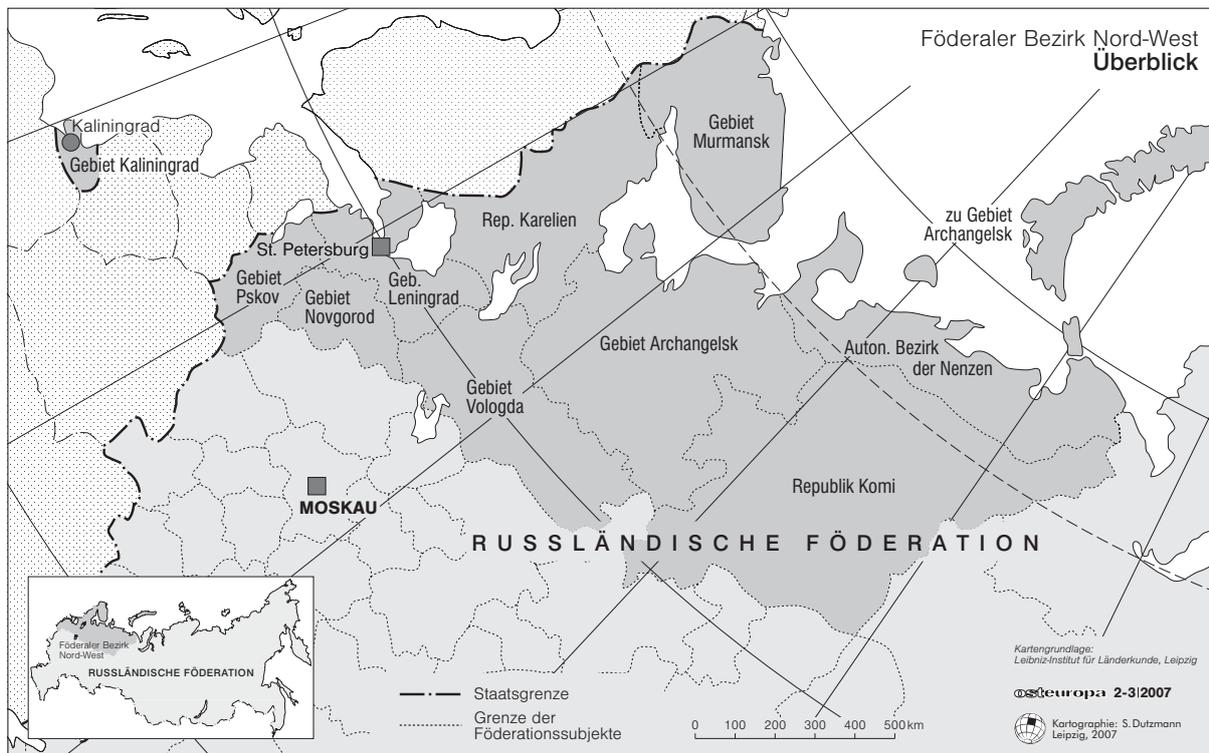
Mit der Erweiterung der Europäischen Union ist die gemeinsame Landgrenze der EU mit Russland auf etwa 2000 km angewachsen. Neben Finnland, das alleine eine Grenze von 1 300 km mit der Russischen Föderation teilt, sind Polen, Litauen, Lettland und Estland direkte Nachbarn. Aus geographischen Gründen ist das Gebiet Kaliningrad als Teil der Russischen Föderation eine Modellregion in der Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU. Neue außenpolitische Instrumente der Europäischen Kommission wie die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Entscheidung, mit Russland eine strategische Partnerschaft einzugehen, haben neue Mechanismen erforderlich gemacht, um politische Vorgaben auch umzusetzen. Die regionale grenzübergreifende Zusammenarbeit (Cross-Border Cooperation, CBC) ist ein wesentliches Instrument der europäischen Nachbarschaftspolitik, mit dem der wachsenden Rolle der Grenzregionen und ihrer Bevölkerung Rechnung getragen wird.

Bis 2006 bildete TACIS die rechtliche Grundlage für die CBC-Programme. Dieses Finanzierungsinstrument wird nun durch das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument, das auch für Russland von vorrangiger Bedeutung ist, ersetzt. Es wird aus drei wesentlichen Modulen bestehen, die einmal die CBC/Nachbarschaftsprogramme (ENPI-CBC) umfassen, zweitens transnationale und regionale Programme beinhalten und außerdem noch einzelne thematische Programme unterstützen, nämlich die Förderung von Demokratie und Menschenrechten, Migrations- und Asylpolitik und soziale Entwicklungsprogramme. Im Rahmen des ENPI-CBC haben Projekte Priorität, die in Einklang mit den *Vier gemeinsamen Räumen* zwischen der EU und Russland stehen. So sieht der gemeinsame Wirtschaftsraum eine vertiefte und diversifizierte

interregionale Zusammenarbeit vor, der gemeinsame Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht hebt eine effiziente grenzüberschreitende Zusammenarbeit hervor. Das ENPI-CBC in seiner gegenwärtigen Form ist das Ergebnis längerer Verhandlungen zwischen der EU und Russland. Russland ist zwar nicht Adressat der Nachbarschaftspolitik, kann aber Finanzmittel aus dieser in Anspruch nehmen. Verwaltungen der russischen Gebietskörperschaften, Vertreter von NGOs und nichtkommerziellen Vereinigungen können nun aus einer Vielzahl von Programmen wählen und Projektanträge einreichen. Neue Begrifflichkeiten, unklare Zuordnung von Zuständigkeiten und die Anzahl der verschiedenen Finanzierungsinstrumente erschweren jedoch die Orientierung der Antragsteller. Fest steht, dass für das CBC-Programm gemeinsame Auswahl- und Managementkomitees sowie ein gemeinsames Sekretariat eingerichtet werden. Auch werden zukünftig die CBC-Programme nicht mehr von der Kommission in Brüssel oder den Delegationen verwaltet, sondern in den Mitgliedsländern der EU. Die vollständige Dezentralisierung des CBC-Programms bedeutet eine neue Etappe in der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland.

Probleme grenzüberschreitender Zusammenarbeit

Die Europäische Nachbarschaftspolitik hat auch eine sicherheitspolitische Funktion. Sie zielt darauf, die Sicherheit in der Nachbarschaft der Union zu stärken. Da sich Rußland weniger als Adressat der Nachbarschaftspolitik wahrnimmt, sondern seine Rolle als strategischer Partner Europas betont, ist die Kooperation allerdings mit einigen Schwierigkeiten verbunden. So hob Wladimir Tschisow, der ehemalige stellvertretende Außenminister und heutige Botschafter Rußlands bei der EU hervor, daß



Föderaler Bezirk Nord-West (Überblick)

gerade Finnland besser als alle anderen wissen mußte, daß Rußland mehr als nur Nachbar ist und schon gar kein „neuer Nachbar“. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Rußland müsse entsprechend auf der strategischen Partnerschaft basieren und sich auch in den Grenzregionen widerspiegeln.

Die zweite Schwierigkeit liegt darin, daß die Instrumente der regionalen Zusammenarbeit, die im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik eingesetzt werden, jene sind, welche die zehn neuen Mitgliedsstaaten in Ostmitteleuropa auf ihren EU-Beitritt vorbereiten sollten. Ihnen liegt der EU-Binnenansatz zugrunde, regionale Disparitäten auszugleichen und weitere regionale Ungleichgewichte in der Union zu vermeiden. Das neue Nachbarschaftskonzept sollte, nach EU-Lesart, die Verantwortung für die Zusammenarbeit an den Außengrenzen den Grenzbewohnern zuweisen.

Das neue russische Gesetz „Über die lokale Selbstverwaltung“, das am 1. Januar 2006 in Kraft trat, gestattet den kommunalen Gebietskörperschaften jedoch keine internationale Zusammenarbeit. Ein Gesetzentwurf über grenzüberschreitende Zusammenarbeit liegt seit geraumer Zeit in der Duma. Nach letzten Informationen sieht auch er für kommunale Gebietskörperschaften keine Kompetenzen in der internationalen Zusammenarbeit

vor. Während vor dem Jahr 2006 Gemeinden rechtlich abgesichert waren, wenn sie gemeinsam mit ausländischen Partnern Projektanträge stellten, ist dies nun nicht mehr der Fall. Die „Konzeption zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Russischen Föderation“ vom Februar 2001 ist kein Gesetz, sondern steckt lediglich den Rahmen, die Ziele, Prinzipien und Kompetenzen der einzelnen Regierungsebenen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ab. Die gesetzlichen Lücken mußten erst per Dekret gefüllt werden. Dies geschieht bereits in der russisch-finnischen Zusammenarbeit. Überdies sind die gesetzlichen Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen Rußland und Finnland dank der Tätigkeit gemeinsamer Regierungsgruppen wesentlich besser entwickelt. Diese Gruppen wurden im Rahmen eines russisch-finnischen Abkommens zur Zusammenarbeit in der Republik Karelien und in den Gebieten Murmansk und Leningrad sowie in St. Petersburg gegründet. Ihre Tätigkeiten sind gesetzlich geregelt.

Drittens erschweren andere rechtliche und technische Rahmenbedingungen die Zusammenarbeit in den Grenzregionen. Hierunter fällt die Steuergesetzgebung. So ist die Steuerbefreiung, die für alle EU-Projekte gelten soll, bereits technisch nicht umsetzbar. Selbst die Überweisung von EU-

Geldern auf Konten der Gebietskörperschaften, um die Projekte durchzuführen, ist schwierig. Die zentrale Kontrolle über den Mittelzufluß und die damit verbundenen Aktivitäten hat dadurch zugenommen, daß Gelder nun über die föderal verwaltete Staatskasse (*kasnatschejstwo*) fließen müssen. Das neue Vergabegesetz das ebenfalls seit Januar 2006 in Kraft ist, schreibt nun vor, daß die öffentliche Hand alle Aufträge über 60 000 Rubel (ca. 2 000 Euro) öffentlich ausschreiben und in einem Wettbewerbsverfahren ausführen muß – nach Regeln, die bislang noch nicht vollständig ausgearbeitet und bisweilen widersprüchlich sind. Dies kann die Umsetzung kleinerer Förderprojekte stark verzögern und erschweren. Die russische Praxis deckt sich mitunter nicht mit dem europäischen Vergaberecht, da für einzelne Fragen unterschiedliche rechtliche Lösungen gefunden wurden.

Auch das neue NGO-Gesetz von 2006 belastet die Durchführung kleinerer internationaler Förderprogramme. Hier ist zum einen die Registrierung der NGOs, die als wesentliche Partner in den zukünftigen CBC-Programmen vorgesehen sind, von Bedeutung, zweitens die Kontrolle ihrer Aktivitäten, der sie sich unterwerfen müssen. All jene NGOs, die sich nicht erneut registrieren konnten, mußten ihre Arbeit einstellen, wenn auch nur vorübergehend. Auch die Mitgliedschaft, Unterstützung oder das Engagement ausländischer Bürger in russischen NGOs verursacht Probleme. Allerdings herrscht im Urteil über das NGO-Gesetz und die Auswirkungen auf die Arbeit in den Grenzregionen kein Konsens: Während Vertreter in St. Petersburg Sorge äußerten, befürchteten die NGO-Vertreter aus Archangelsk keine Auswirkungen auf ihre Arbeit.

Grenzen „europäischer Regionalpolitik“

Das Finanzinstrument der EU zur Regionalpolitik in der Gemeinschaft sind die Strukturfonds. Hier gilt das Subsidiaritätsprinzip. Die Mitgliedsstaaten sind angehalten, durch Infrastruktur- und Beschäftigungsmaßnahmen ihre Regionalpolitik so anzulegen, daß sie Probleme selbst lösen. Dennoch koordiniert eine gemeinsame Regionalpolitik die nationalen Regionalpolitiken, um einen Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten um EU-Finanzmittel zu verhindern. Die vier Prinzipien, auf denen die Strukturfonds basieren, die *Konzentration der Mittel* auf das Ziel der Fonds, *Programmierung*, also die langfristig angelegte Programmplanung, was in mehrjährige Entwicklungsprogramme mündet, *Additionality* – Gemeinschaftsmittel werden als Zuschuß zu eigenen Mitteln gewährt – und *Partner-*

schaft liegen auch den CBC-Programmen zugrunde. Die CBC-Programme stellen damit eine Fortsetzung europäischer Regionalpolitik über die Grenzen der EU hinaus dar. Doch ohne eine Koordinierung der Regional- und Außenpolitik in der EU und auch zwischen der EU und Rußland wird es jedoch schwierig, die hochgesteckten Ziele tatsächlich zu erreichen.

Eine fünfte Schwierigkeit liegt in den Entscheidungsprozessen. Die Einbindung des 2004 gegründeten *Ministerstwo Regionalnogo Raswitija* – des russischen Regionalministeriums – in die Programmgestaltung bedeutet nach Meinung einiger Vertreter aus den Regionen eine weitere Stärkung der Machtvertikalen. Damit werden die Regionen aus der Entscheidungsfindung künftiger Programme verdrängt. Dies widerspricht dem Prinzip der Partnerschaft, das den Strukturfonds zugrunde liegt. Hinzu kommen unklare Kompetenzabgrenzungen. So liegt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nun in der Kompetenz des russischen Regionalministeriums; die internationale Zusammenarbeit obliegt aber der Führung des nationalen Koordinators für internationale Projekte – dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel (*Ministerstwo ekonomitscheskogo raswitija i targovli* – MERT). Denn das MERT ist für Außenwirtschaftspolitik zuständig. Das Außenministerium ist ebenfalls in grundsätzliche Fragen und in die Programmplanung eingebunden. Gegenwärtig nehmen das russische Außenministerium und das Regionalministerium an den Verhandlungen über das neue CBC-Programm teil. Sobald aber das Finanzmemorandum vorbereitet werden muß, wird der Nationale Koordinator eingeschaltet – der vorher an der Ausarbeitung des Programms nicht beteiligt war. Dies verzögert die Programmgestaltung für das jeweils nächste Jahr und kann unter Umständen administrative Barrieren aufbauen. Dennoch muß die Tatsache, daß das föderale Zentrum überhaupt an den Verhandlungen über die grenzübergreifenden Programme teilnimmt, als ein Plus gewertet werden. Das demonstriert Moskaus Interesse, an neuen Formen der grenzüberschreitenden Kooperation mitzuarbeiten.

Um CBC-Programme erfolgreich umzusetzen, wäre eine russische Regionalpolitik erforderlich, die im Widerspruch zur zunehmenden Zentralisierung in Rußland steht. Bereits im April 2005 hatte Rußlands Außenminister Sergej Lawrow die Regierungen Moldowas und der baltischen Staaten zur Koordination mit Moskau aufgefordert, wenn sie mit russischen Regionen wirtschaftlich zusammenarbeiteten. Eine einheitliche außenpolitische Linie

müsse entwickelt werden, um zu vermeiden, daß die Nachbarländer Beziehungen zu den Regionen entwickeln, um ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen durchzusetzen und dabei das föderale Zentrum umgehen. Moskaus Sorge, eine wirtschaftliche Stärkung der Grenzregionen gefährde die territoriale Integrität des Landes, steht das EU-Prinzip der Additionalität entgegen. Dieses Prinzip besagt, daß EU-Mittel dann eingesetzt werden, um eine nationale Aktivität zu ergänzen oder ihr beizutragen.

Trotz allem ... Partner

O bwohl die Grenzen, die das Föderationszentrum Moskau zieht, enger werden, haben sich die russischen Regionen von passiven Subventionsempfängern zu Partnern entwickelt, die gemeinsam mit ihren ausländischen Kollegen Prioritäten und Programme der Zusammenarbeit entwerfen. Ein Grund ist die stabile Einbettung in transregionale Netzwerke. Internationale Zusammenarbeit ist in den Grenzregionen zur Routine geworden. Damit sind nicht nur Treffen auf höherer Ebene gemeint, sondern die effektive Lösung gemeinsamer Probleme. Dabei ist für die russischen Regionen relevant, inwiefern die Programme auch mit den föderalen Entwicklungsstrategien oder regionalen Entwicklungsprogrammen übereinstimmen. Neben den traditio-

nellen föderalen Programmen werden in Rußland publikumswirksam vier „Nationale Projekte“ im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, im Wohnungsbau und in der Landwirtschaft verfolgt.

Die vielen formellen und informellen Verbindungen in den Regionen, Städten und Gemeinden haben einen wesentlichen Beitrag zur Verständigung zwischen Rußland und der EU geleistet. Sie haben auch zur Entstehung der Zivilgesellschaft beigetragen. Wenn eine Regionalverwaltung an der internationalen Zusammenarbeit interessiert ist, bietet sich mit dem ENPI-CBC ein Instrument, das diesem Interesse entgegenkommt. Dabei ist die Bedeutung des jeweiligen Gouverneurs nicht zu unterschätzen. Dies zeigt das Beispiel des Gebiets Pskow. Seit die Nachbarschaftsprogramme existieren, stieg durch den Amtsantritt des neuen Gouverneurs Michail Kusnezow im Dezember 2004 die Zahl der Projekte von durchschnittlich eins bis zwei pro Jahr auf 15.

Der Grad der örtlichen Selbstverwaltung ist ein Indikator für die Demokratisierung des Landes. Und das Niveau der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist ein Gradmesser für die Internationalisierung Rußlands.

Aus dem Russischen von Stefanie Harter, Moskau

Über die Autorin

Valentina Tschaplinskaja, Kandidat filosofskich nauk (Dr. phil.) ist *project officer* bei der Delegation der Europäischen Kommission in Moskau. Die Ausführungen geben die Meinung der Autorin wider.

Der vorliegende Text ist die stark gekürzte Version des Artikels „Lokal(Ko-)Operation. EU-Projekte in Russlands Nordwesten“, der in der Zeitschrift „Osteuropa“ 2007, Nr. 2–3 „Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas: Die EU und ihre Nachbarn“ abgedruckt ist, die gerade erscheint.

Chronik
Vom 8. bis zum 15. Februar 2007

8.2.2007	Das norwegische Verteidigungsministerium bestätigt russische Meldungen, dass eine Mitarbeiterin des Ministeriums bei ihrer Ankunft in Moskau zur persona non grata erklärt und ausgewiesen wurde.
8.- 9.2.2007	Der ehemalige iranische Außenminister Ali Akbar Velajati, außenpolitischer Berater des iranischen Religionsführers Ajatollah Ali Khamenei, hält sich in Moskau zu Gesprächen über das iranische Nuklearprogramm auf. Velajati trifft den Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates Igor Iwanow, Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergei Lawrow.
9.2.2007	Die Staatsduma ratifiziert ein Abkommen, dass der Republik Tatarstan im Vergleich zu anderen Föderationssubjekten besondere Rechte einräumt.
9.2.2007	Russische Staatsanwälte erklären, dass Michail Chodorkowski und Platon Lebedew in den Jahren 1998 bis 2003 Öl im Werte von US\$ 32 Mrd. gestohlen haben sollen; durch den Verkauf dieses Öls sollen insgesamt US\$ 24,5 Mrd. gewaschen worden sein.
9.2.2007	Der russische Finanzminister Alexei Kudrin erhebt in der Zeitung „Die Welt“ Anspruch auf eine russische Vollmitgliedschaft in der G8 und merkt an, dass der Wirtschaftsumfang Russlands in der Welt an elfter Stelle steht.
9.2.2007	Der russische Verteidigungsminister Sergei Iwanow betont auf dem Treffen der NATO-Außenminister in Sevilla, dass Russland die geplante Stationierung des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Tschechien und Polen als Bedrohung ansieht und mit der Entwicklung von Waffen beantwortet wird, die dieses System überwinden können. Darüber hinaus spricht er sich gegen die Unabhängigkeit der jugoslawischen Provinz Kosowo aus.
10.2.2007	Präsident Wladimir Putin kritisiert auf der 43. Münchener Sicherheitskonferenz scharf die Politik der USA.
10.2.2007	Bei Buinaksk in der Republik Dagestan greifen Untergrundkämpfer eine Gruppe russischer Soldaten an, die von einem Panzerfahrkurs in ihre Unterkunft zurückkehren. Zwei Soldaten werden getötet, sechs verwundet.
12.2.2007	Präsident Wladimir Putin besucht Saudi-Arabien. Er kündigt an, dass in diesem Jahr sechs saudische Nachrichtensatelliten mit russischen Trägerraketen in eine Umlaufbahn um die Erde gebracht werden. Er spricht sich weiterhin für eine größere Kooperation zwischen Russland und Saudi-Arabien aus. Außerdem trifft er sich mit dem saudischen Kronprinzen und Verteidigungsminister Sultan bin Abd al-Aziz.
13.2.2007	Bei Kämpfen nahe dem Dorf Ischkoi-Jurt im tschetschenischen Bezirk Gudermes werden vier Rebellen und zwei Polizisten getötet.
13.2.2007	Präsident Wladimir Putin trifft sich in Jordanien mit dem jordanischen König Abdullah.
13.2.2007	Semjon Wainschtok, Chef des russischen Pipelinekonzerns Transneft, erklärt, dass Russland innerhalb von 18 Monaten eine Pipeline bauen könne, die Belarus umgeht.
14.2.2007	Die Arbeiter des Ford-Werkes in Wsewolohsk bei St. Petersburg streiken einen Tag lang für höhere Löhne. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters in diesem Werk beträgt umgerechnet ungefähr US\$ 600.
15.2.2007	In Grosny, der Hauptstadt von Tschetschenien, werden bei einem Gefecht zwei Rebellen getötet, ein weiterer festgenommen und zwei Angehörige der Sicherheitskräfte verwundet.
15.2.2007	Der Beginn des erneuten Verfahrens gegen zwei Männer, die im Mai 2006 vom Vorwurf, den amerikanischen Journalisten Paul Khlebnikov ermordet zu haben, wird auf den 14.03.2007 verschoben, da die beiden Beschuldigten nicht vor Gericht erscheinen. Der Oberste Gerichtshof hatte das erneute Verfahren im November 2006 angeordnet.
15.2.2007	Ein Gericht in Perm stellt das Verfahren gegen Alexander Ponosow, Direktor einer Dorfschule, wegen Copyrightverletzungen (Softwarepiraterie) wegen „geringer Bedeutung“ ein.
15.2.2007	Verteidigungsminister Sergei Iwanow wird zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Sein Nachfolger als Verteidigungsminister wird Anatoli Serdjukow (Chef des Föderalen Steuerdienstes).

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Osteuropa 2–3/2007

ist erschienen. Das Doppelheft mit dem Titel „Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas: Die EU und ihre Nachbarn“ ist der Europäischen Nachbarschaftspolitik gewidmet. Es hat 336 Seiten, sechs Abb., zwei Farbtafeln und 15 Farbkarten und kostet 22,00 €. Zu bestellen ist es über osteuropa@dgo-online.org

Es enthält folgende Beiträge mit Rußlandbezug:

Arkadij Mošes

Priorität gesucht

Die EU, Rußland und ihre Nachbarn

Die EU unterhält eine strategische Partnerschaft mit Rußland und will mit den Nachbarstaaten im Osten privilegierte Beziehungen unterhalten. Zunehmend kollidieren die Interessen Rußlands und der EU im Nachbarschaftsraum. Moskau wertet die Nachbarschaftspolitik als Versuch, Rußland aus der Region zu drängen, und reagiert allergisch auf Demokratisierung. Doch wäre es falsch, wenn die EU ihr Engagement in diesem Raum verringert. Brüssel muß bereit sein, mehr Verantwortung zu übernehmen. Priorität sollten Demokratie und Marktwirtschaft, nicht aber eine geopolitische Umorientierung der Region haben. So könnten die Nachbarländer ihre Verbindungen mit Rußland aufrechterhalten. Und Rußland könnte der EU nicht länger unterstellen, eine Politik nach den Regeln des Nullsummenspiels zu betreiben.

Egbert Jahn

Ausdehnung und Überdehnung

Von der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau zum Ende der europäischen Integrationsfähigkeit

Rußland hat in den 1990er Jahren immer mehr sein Potential als alternatives Integrationszentrum zu EU und NATO verloren. Die Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau hat sich zu einer Konkurrenz um Mitgliedschaft in der EU und um privilegierte Beziehungen mit dem einzigen dynamischen, Prosperität, Sicherheit, politische Stabilität, Freiheiten und Demokratisierung versprechenden Integrationszentrum Brüssel reduziert. Gleichzeitig ist die Integrationskraft der EU begrenzt. Wirtschaftlich und institutionell wäre die EU zwar von einer Aufnahme der osteuropäischen Nachbarstaaten nicht überfordert. Politisch ist dies jedoch gegenwärtig nicht durchsetzbar. Die bilaterale Demokratisierungspolitik, die mit vagen Beitrittsversprechen operiert, sollte durch eine klare Regionalisierungspolitik ergänzt werden, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft in regionalen Zusammenschlüssen an der EU-Außengrenze fördert.

Valentina Čaplinskaja

Lokal(Ko-)Operation

EU-Projekte in Rußlands Nordwesten

Rußland ist nicht Adressat der EU-Nachbarschaftspolitik. Doch es kann Mittel aus dem Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument nutzen. Seit 1991 unterstützt Brüssel grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Nordwesten Rußlands. Allein das TACIS-CBS-Programm förderte 400 Projekte zur Entwicklung der lokalen Wirtschaft und im Bereich Energie und Umwelt. Zunehmend divergieren die regionalpolitischen Vorstellungen. Während die EU auf Dezentralisierung setzt, zielt Moskau auf Kontrolle und Zentralisierung. Städte und Gemeinden haben wenig Spielraum für eigene Projekte. Der rechtliche und technische Rahmen erschwert die Kooperation. Ungeachtet dessen haben sich die rußländischen Regionen von passiven Subventionsempfängern zu kompetenten und verantwortlichen Partnern entwickelt.

Kirsten Westphal

Liberalisiert, monopolisiert, fixiert

Antinomien des Energiemarkts in Europa

Die Europäische Union definiert die energiepolitische Kooperation als einen Schlüsselbereich der Nachbarschaftspolitik. Seit 2006 versucht die EU, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerb als Prinzipien der Energiepolitik auf den Nachbarschaftsraum auszudehnen. Damit hat sie eine energiepolitische und geostrategische Neuausrichtung vorgenommen. Allerdings stößt der Wettbewerb auf dem Energiesektor bereits in der EU an die Grenzen nationaler Souveränitätsansprüche. Der Ausbau energiepolitischer Beziehungen in der weiteren Region ist ein langwieriger, aber wichtiger Bestandteil einer im Entstehen begriffenen Energieaußenpolitik.

Irina Albrecht, Claudia Topp

Exportkontrollkooperation

Europäisch-rußländische Zusammenarbeit wider die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen stellt eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar. Auch die EU hat sich dem Kampf gegen die Proliferation verschrieben und versucht, die Exportkontrollbehörden anderer Staaten zu stärken. Rußland, das seit Anfang der 1990er Jahre in großen Mengen sensible Güter exportiert, ist dabei ein wichtiger Partner. Daher arbeitet das von der EU beauftragte Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mit den rußländischen Behörden zusammen, um die Kommunikation zu verbessern und die rußländischen Rechtsbestimmungen an europäische Standards anzunähern.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de